

**Plenardebatte am 03.12.2014**

**TOP 1: „Verantwortung für Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen gerecht werden – Verdopplung des Integrationshaushaltes, um Aufnahmegesellschaft zu sensibilisieren und flächendeckend kostenlose Deutschsprachkurse anzubieten!“**

**Landtagsabgeordneter Matthias Kerkhoff**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kurz vor Beginn der Adventszeit hat Minister Schneider damit Schlagzeilen gemacht, dass er aus eigener Tasche seinem Ministerium den Weihnachtsbaum spendiert hat, da der Ministeriumsbaum der Haushaltssperre zum Opfer gefallen war. Ich finde, Herr Minister, das ist eine schöne Geste und Ausdruck von Wertschätzung. Aber, was nützt der schönste Weihnachtsbaum, wenn nichts drunter liegt? Was nützt der schönste Weihnachtsbaum, wenn an ihm keine Kerze brennt, weil sich Ideenlosigkeit und Perspektivlosigkeit breitmacht?

(Beifall von der CDU)

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen kann niemanden zufriedenstellen, auch wenn die Novemberzahlen eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vormonat und Vorjahr zeigen. Auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist NRW Schlusslicht. Über 700.000 Arbeitslose machen das Problem deutlich. Fast jeder dritte Bezieher von Arbeitslosengeld II bundesweit lebt in NRW. Dazu kommt eine völlig unbefriedigende Situation bei Jugendlichen und behinderten Menschen, für die trotz viel Rhetorik keine konkrete Verbesserung erkennbar ist. Ihre Halbzeitbilanz in der Arbeitsmarktpolitik lautet daher: Sie versagen dort, wo Menschen am ehesten einen handlungsfähigen Staat brauchen. Sie sind ein Risiko für die Arbeitslosen in diesem Land und für alle, die davon bedroht sind. Nirgends sind die Chancen schlechter, wieder in Arbeit zu kommen, als hier. (Beifall von der CDU)

Ihnen, Herr Minister, fällt angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht viel mehr ein, als wieder nach dem Bund zu rufen, der die Probleme in NRW lösen soll. Dabei sind die Probleme von Nordrhein- Westfalen hausgemacht. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wächst seit Jahren unterdurchschnittlich. Die Ursachen liegen nicht im Strukturwandel von Kohle und Stahl, sondern in einer geringeren Produktivität, geringeren Ausgaben für Forschung und Entwicklung, geringeren Investitionen und kürzeren Arbeitszeiten. Und wären wir zwischen 2000 und 2012 genauso stark wie Bayern gewachsen, hätten Land und Kommunen 3,2 Millionen € mehr Steuereinnahmen, und wir hätten 300.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mehr.

Wir fallen beim Wachstum zurück – und das wirkt sich negativ auf den Arbeitsmarkt auf.

Deshalb ist die Bilanz schlechter als in anderen Bundesländern. Und anders, als Sie behaupten, ist nicht die Arbeitsmarktpolitik des Bundes ein Problem für NRW, sondern die Politik in Nordrhein-Westfalen ist zu einem Risiko für den Arbeitsmarkt in ganz Deutschland geworden.

(Beifall von der CDU)

Ich finde, wenn man eine solche Bilanz zu vertreten hat, dann muss man alles darauf setzen, dass trotz Klimaschutzgesetz, dass trotz Tariftreuegesetz und, und, und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen investieren und Arbeitsplätze schaffen. Dann wäre das Letzte, was man einem Minister empfehlen würde, nach weiterer Regulierung und Bürokratie zu rufen, wie Sie das tun. Ihr Vorschlag, eine Anti-Stress-Verordnung auf den Weg zu bringen, ist genau das Gegenteil von dem, was dieses Land braucht. In Ihrem Weltbild sind die, die sich selbstständig machen, die investieren, die Risiken eingehen, die Arbeitsplätze schaffen, diejenigen, die Sie unter Generalverdacht stellen, Beschäftigte schlecht zu behandeln. Deshalb rufen Sie ständig nach neuen Gesetzen. Eine Anti-Stress-Verordnung braucht kein Mensch. Wir haben klare Regelungen zu Arbeitsschutz und Arbeitszeit. Sie sollten endlich aufhören, durch immer neue Maßnahmen und Bürokratie das Klima für Investitionen in NRW zu verschlechtern. Nicht alles, was man gesetzlich regeln kann, muss auch gesetzlich geregelt werden.

(Beifall von der CDU)

Die Fragen von Erreichbarkeit, von Vermischung von Arbeit und Freizeit durch moderne Kommunikationstechnologien sind Fragen an die Betriebsparteien und an die Unternehmenskultur und nicht zuerst Auftrag an den Gesetzgeber.

Meine Damen und Herren, zu dieser Debatte gehört aber auch die Frage danach, wie Ihr Haus aufgestellt ist, um mit den Herausforderungen umzugehen. Auch da werfen die letzten Monate kein gutes Licht auf Ihre Amtsführung. Die Haushaltssperre und ihre finanziellen Folgen haben auch Träger unter anderem in Schwierigkeiten gebracht, die im Bereich Inklusion am Arbeitsmarkt unterwegs sind. Beim Bildungsscheck legen Sie eine Vollbremsung hin und richten ein ziemliches Chaos an, ohne mit den Kooperationspartnern vor Ort, die die Beratungen durchführen, Kontakt aufzunehmen. Es mangelt an Planbarkeit und Verlässlichkeit. Ich finde, so geht man nicht miteinander um.

(Beifall von der CDU und Ulrich Alda [FDP])

Und zum Umgang miteinander gehört auch, dass Sie offensichtlich auch Probleme bei der Personalauswahl in Ihrem engeren Umfeld haben. Der Skandal um die Staatssekretärin Kaykin, gerichtliche Auseinandersetzungen mit dem ehemaligen Büroleiter, Diskussionen um die Nebentätigkeiten Ihrer Sprecherin, all das zeigt: Pleiten, Pech und Pannen in Ihrem Ministerium, wohin man blickt.

Meine Damen und Herren, in diesen Tagen wird Halbzeitbilanz der Regierungsarbeit gezogen. Der „Kölner Express“ schreibt über Minister Schneider – ich zitiere –:

„Keiner kann stimmungsvollere Reden bei der Mai-Kundgebung halten als der gelernte Werkzeugmacher aus Dortmund.“ – Zitat Ende. – Dem will ich nicht widersprechen. Ihr Problem und das Problem für dieses Land ist nicht der 1. Mai, sondern es sind die 364 anderen Tage im Jahre, in denen Nordrhein-Westfalen schlecht regiert wird.

### **Es gilt das gesprochene Wort**

**Den weiteren Verlauf der Debatte finden Sie unter:**

**<http://landtag/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP16-72.pdf?von=7307&bis=7320>**